

menleben und gewaltsamer Vertreibung, Ermordung sowie Vernichtung ihrer gesamten materiellen Kultur.

Die gewaltsame Suche nach einem Sündenbock für die Pest bereitet 1349 den jüdischen Ansiedlungen in den Städten am Bodensee erstmals ein gewaltsames Ende. Doch bald schon werden die jüdischen Kapitalgeber wieder gebraucht, und so schafft der Rat der kurz zuvor völlig abgebrannten Stadt Feldkirch nur ein Jahr nach der gewaltsamen Austreibung der Feldkircher Juden besondere Anreize, um die zum Aufbau so dringend benötigten Kreditgeber erneut zur Ansiedlung zu bewegen. Auch das Konstanzer Konzil wird wesentlich von jüdischen Geldgebern finanziert. Aber auch die zweite Phase der jüdischen Ansiedlungen endet, ausgelöst durch den Zusammenbruch der regionalen Wirtschaft nach Beendigung des Konzils, mit einer erneuten Vertreibung und Ermordung der Juden 1429 bzw. 1448.

Jahrhundertlang bildet das gegenseitige finanzielle Interesse und der beiderseitige Nutzen – wobei wiederholt auch Geldverleiherinnen in den Quellen aufscheinen – die entscheidende Grundlage des Umgangs. Und so schöpfen wir unsere wenigen Kenntnisse über die Juden in dieser Region vor allem aus Achtbriefen, Schuldrechnungen und anderen Rechtsbelegen, während Überreste der materiellen Kultur bis auf verschwindend wenige, aber dafür um so kostbarere fehlen.

Erst unter dem Einfluß des Humanismus spielen auch humanitäre Erwägungen eine Rolle, wie sie der Konstanzer Bischof Mark Sittich von Hohenems 1559 formulierte: *Es sei uns Christen nicht gestattet, irgendein Leid den Juden zuzufügen!* Nun finden die aus den Bodenseestädten Vertriebenen Zuflucht in der Grafschaft Montfort, wo sie sich «haushäblich» niederlassen. Unter den rund 80 erneut ansässig gewordenen Juden nehmen einzelne Geldgeber und Händler wie Wolf von Langenargen oder Jakob von Thannhausen, einst «Judendoktor» zu Biberach, konkret Gestalt an. Wolf von Langenargen lernen wir auch als erfolgreichen und geschätzten Unterhändler der Montforter bei einer Ansiedlung von Juden 1617 im vorarlbergischen Hohenems kennen, der Fortsetzung der Montforter Judengemeinden am Bodensee. Allerdings macht die nun aufkommende christliche Konkurrenz den Geldverleih für Juden immer weniger einträglich, weswegen sie sich zunehmend auf den Handel mit Textilien, Metallen und Wein verlegen bzw. als Ärzte niederlassen.

Der Regentenwechsel von 1572 bereitet der Montforter Judengemeinde erneut ein Ende, wenn auch diesmal nicht unter Gewalt. Finanziellen Nutzen versucht der neue Graf dennoch in Form eines «Abzugsgeldes» von den Ausgewiesenen zu erpressen. Danach scheint das Gebiet der Montforter Grafen wegen ständig ausgeweiteter Handelsverbote für Juden unattraktiv geworden zu sein, und die Spuren der erwähnten Personen verlieren sich im Dunkel, trotz einiger spektakulärer Taufen. Bei einer verhelfen die gräflichen Paten dem Täufling in Anspielung auf die montfortische Fahne zu dem schönen Namen «Fahnrot»; das Bürgerrecht bleibt dem Getauften aber dennoch verschlossen.

Erst im Verlauf des 19. Jahrhunderts ermöglicht die recht-

liche Gleichstellung von Juden ihre freie Niederlassung. Nun erfolgt in Umkehrung des historischen Prozesses die Rückkehr der Landjuden in die Städte. Allerdings lassen sich im nunmehr württembergischen Oberamt Tettnang Juden nur noch vereinzelt und vorübergehend nieder; lediglich als Hopfenhändler erlangen sie einige Bedeutung. Doch auch an den wenigen Juden gehen Verfolgung und Entrechtung im NS-Deutschland nicht vorbei. Das zeigt beispielsweise das einfühlsam geschilderte Schicksal der kleinen Gabriele Schwarz aus Stiefenhofen, die als Sechsjährige nach Auschwitz deportiert und dort ermordet wurde.

Abschließend trägt der Autor noch einmal zusammen, was über die konkrete Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse, Religion, Kultur und des Alltagslebens bekannt ist. Auch wenn sich dabei ein jüdischer Alltag nur schemenhaft herauschält, so macht diese vorbildliche Spurensicherung anhand von schriftlichen Quellen, aber auch mit Hilfe der Wandmalereien in der Eriskircher Pfarrkirche oder einem überkommenen Siegel doch eindrucksvoll deutlich, daß die Geschichte der Juden ein integraler Bestandteil unserer eigenen Geschichte ist und daß unsere Vergangenheit, so verstanden, von einer kulturellen Vielfalt ist, die sich erst wieder enthüllt, wenn man sich auf die Spurensuche begibt.

Benigna Schönhagen

RAIMUND WAIBEL: **Frühliberalismus und Gemeindewahlen in Württemberg (1817–1855)**. Das Beispiel Stuttgart. (Veröffentlichungen der Kommission für geschichtliche Landeskunde, Reihe B, Band 125). Kohlhammer Verlag Stuttgart 1993. LVII, 594 Seiten, 1 Karte und 1 Microfiche als Beilage. Kartonierte DM 58,-

Dem Bürger und Bauern – so Justinus Kerner 1818 in einem in der Einleitung des hier zu besprechenden Buches zitierten Brief an Karl Varnhagen von Ense – *ist es gleichgültig, ob 10 oder 18 Herren im Landesausschusse in Stuttgart sitzen, ob man die alten Prälaten in Öl sieden oder leben läßt, aber das ist ihm nicht eins, ob ihn der Beamte prügeln und zwicken und ausbeuten kann oder nicht, ob ihm seine Klage ununtersucht bleibt oder schnell entschieden wird, ob er seinen kleinen Gemeindehaushalt selbst führen oder von anderen führen lassen muß, die ihn durch die Führungskosten aufzehren.*

Das politische Interesse der «kleinen Leute» galt in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts (und oft auch noch länger) weniger den Themen, die die Politiker und Gelehrten in den Residenz- und Universitätsstädten beschäftigten. Es war vielmehr geprägt von der nicht selten schikanösen staatlichen Obrigkeit «vor Ort»: Die Gemeinde bestimmte und beschränkte den politischen Erfahrungsraum der Bürger im Vormärz, sie war aber auch der Ort, in dem in Württemberg dank der nach der napoleonischen Umbruchzeit eingeführten Wahl der kommunalen Repräsentativorgane politische Partizipation eingeübt werden und ein politisches Bewußtsein breiterer Bevölkerungskreise entstehen konnte. Wie das geschah und welche sozialen Schichten dabei erfaßt wurden, ist das Thema dieser Studie, die in vielerlei Hinsicht Neuland betritt.

Der Politisierungsprozeß in Württemberg und namentlich im schwerpunktartig untersuchten Stuttgart vollzog sich in zwei Schüben. Der erste wurde durch die Verfassungsgesetze der nachnapoleonischen Zeit ausgelöst, die die oligarchische Selbstherrlichkeit der lokalen Magistrate, der durch Familienfilz fest miteinander verbundenen «Ehrbarkeit», eindämmten. Seit 1817 wurden die Magistrats- oder Gemeinderatsmitglieder durch die Bürgerschaft gewählt, und zwar zuerst auf zwei Jahre; bei unmittelbar anschließender Wiederwahl – das war zunächst der Regelfall – behielten sie das Amt allerdings bis ans Lebensende. Seit 1817 wurde ihnen zudem noch eine Kontrollinstanz, die Bürgerausschüsse, gegenübergestellt, deren Mitglieder regelmäßig neu gewählt wurden. Der erste Versuch, das neue Wahlrecht – das einem für die damalige Zeit ungewöhnlich großen Teil der erwachsenen Männer gewährt wurde – zu einem Hebel der allgemeinen Politisierung zu machen, verlief freilich schnell im Sande. Die entsprechenden Bemühungen der liberalen «Volksfreunde» um Friedrich List gingen der Regierung – die zunächst auch daran interessiert gewesen war, das lokale Machtmonopol der «Ehrbarkeit» zu brechen – zu weit; sie trat auf die Bremse, indem sie die Kompetenzen der Gemeindepriester wieder beschnitt.

Die französische Julirevolution löste die zweite, wesentlich wirkungsvollere Politisierungswelle aus. Organisiert wurde dieser Wandel in Stuttgart durch die «Bürgergesellschaft». 1823 als geselliger Verein von der liberalen bürgerlichen Mittelschicht ins Leben gerufen, wirkte sie nun zunehmend als parteiorganisatorisches Fundament der Stuttgarter Liberalen, richtete Wahlversammlungen aus, klärte Kandidatenfragen und koordinierte die Wahlagitation bei den Landtags- wie bei Kommunalwahlen. Waibel zeigt, daß hier, bei den kommunalen Wahlen und durch die Kommunalpolitik der Politisierungsprozeß recht eigentlich vorangetrieben wurde. Der Bürgerausschuß wurde nämlich alljährlich zur Hälfte durch Wahlen erneuert: die Amtsdauer seiner Mitglieder betrug zwei Jahre. Diese – auch für heutige Verhältnisse! – sehr häufigen Wahlen benutzten die Liberalen dazu, das politische Bewußtsein der Bevölkerung in ihrem Sinne zu schärfen. Der Bürgerausschuß freilich war nur ein Kontrollorgan, die Geschäfte der Gemeinde führte der Gemeinderat. Unter dessen überwiegend lebenslänglichen Mitgliedern hatten die Liberalen anders als im Bürgerausschuß kaum Anhänger. Daher starteten sie Anfang der dreißiger Jahre eine Kampagne gegen die «Lebenslänglichkeit» der Gemeinderäte, die ihnen nicht nur auf breiter Ebene Zugang zu den kommunalen Exekutivorganen verschaffen, sondern auch die Bevölkerung des ganzen Landes bis in die kleinste Gemeinde politisch mobilisieren sollte.

Die liberale Propaganda zielte darauf ab, daß nur noch solche Kandidaten in den Gemeinderat gewählt wurden, die von vornherein dem Genuß der Lebenslänglichkeit abschworen, indem sie sich darauf verpflichteten, unmittelbar nach Ablauf der zweijährigen Amtsperiode nicht wieder zu kandidieren. Tatsächlich setzte sich dieses Verfahren schon in den dreißiger Jahren durch; förmlich abgeschafft wurde die Lebenslänglichkeit erst 1849. Da für

jedes ausscheidende Gemeinderatsmitglied eine eigene Wahl erforderlich war, führte die neue Praxis dazu, daß mancherorts ein halbes Dutzend Wahlen im Jahr stattfanden – Wahlkampf in Permanenz! Politisiert wurde die Bevölkerung aber auch durch die außerhalb der Wahlkämpfe betriebene Propaganda der Liberalen gegen die Lebenslänglichkeit. Als neuartiges Agitationsmittel setzten die Liberalen dabei – ebenso wie in den Wahlkämpfen – massenhafte Unterschriftensammlungen ein.

Innovativ ist Waibels Buch nicht nur durch die detaillierte und stets plastische Schilderung der Agitationsformen und -inhalte, sondern auch, weil er die gesellschaftlichen Grundlagen des politischen Wandels aufweist, dies auf der Basis einer politischen Kollektivbiographie von rund 3500 Stuttgartern. Im Bürgerausschuß verdrängten Kaufleute und Akademiker einen großen Teil der bis dahin dominierenden Handwerker. Das politisch ins Abseits gedrängte Handwerkertum freilich wandte sich vom Liberalismus ab und bildete zusammen mit den regierungsnahen und großbürgerlichen Kräften die soziale Basis des in den vierziger Jahren wieder an Bedeutung gewinnenden Stuttgarter Konservatismus. Zwar wurden nicht alle «traditionalen», unteren Schichten gleichermaßen stark ausgegrenzt: Die über ein mächtiges Stimmpotential verfügenden Weingärtner konnten ihre angestammten Plätze bei der Mandatsverteilung bewahren. Aber die Studie von Waibel zeigt doch, daß das von den Liberalen im Vormärz hochgehaltene *Ideal* der «klassenlosen Bürgergesellschaft» mit der politischen Praxis oft wenig gemein hatte. Im Gegenteil: Der Aufstieg der Liberalen ging einher mit der Politisierung der entstehenden Klassegegensätze.

Waibels Buch zum Stuttgarter Frühliberalismus darf als Pionierstudie gelten, der ein breites, nicht nur wissenschaftliches Leserpublikum zu wünschen ist.

Thomas Kühne

RALF BECKMANN: **Das große Haus in Schmidlen.** Eine Hof- und Dorfgeschichte. (Fellbacher Hefte 2). Stadtverwaltung Fellbach 1993. 233 Seiten mit 50 Abbildungen. Pappband DM 25,-

Die Siedlungsgeographie und leider auch ihre historische Komponente, die Untersuchung historischer Haus- und Siedlungsformen sowie die Edition oder wenigstens das Auswerten alter Urbare, Lagerbücher sowie Kauf- und Lebensbriefsammlungen, stehen heute in der geschichtlichen Landeskunde nicht mehr sehr hoch im Kurs; zumindest erscheinen in dieses Fach schlagende Publikationen bereits seit vielen Jahren nur noch sehr vereinzelt.

Um so erfreulicher ist die Tatsache, hier eine Untersuchung vorstellen zu können, die die Geschichte eines Hofes, des «Großen Hauses» in Schmidlen – heute eine Teilgemeinde der Stadt Fellbach –, zum einen mit sehr interessanten Einblicken in die Geschichte, vor allem die Sozialgeschichte des Dorfes verbindet und die zum anderen auch die übergeordneten Voraussetzungen der lokalen Entwicklung berücksichtigt wie staatliche Gesetze und politische Entwicklungen.